




# Äthiopien

## Länderinformation

 **Bundesministerium**  
Europäische und internationale  
Angelegenheiten

 **Austrian**  
Development  
Agency



BASISDATEN	
<b>Unabhängigkeit</b>	Äthiopien war keine Kolonie (aber von 1936 bis 1941 von Italien besetzt).
<b>Staatsform</b>	Demokratische Bundesrepublik
<b>Staatsoberhaupt</b>	Staatspräsidentin Sahle-Work Zewde (seit 10/2018)
<b>Regierungschef</b>	Abiy Ahmed (seit 04/2018)
<b>Außenminister</b>	Demeke Mekonnen (seit 11/2020)
<b>Fläche*</b>	1.104.300 km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerung**</b>	115 Millionen (2020)
<b>Bevölkerungswachstum**</b>	2,6 %
<b>Lebenserwartung**</b>	66 Jahre
<b>Alphabetisierung*</b>	52 %
<b>HDI (Human Development Index)***</b>	0,485; 173. Stelle von 189
<b>GII (Gender Inequality Index)***</b>	0,517; 125. Stelle von 162
<b>BIP*</b>	96,108 Mrd. US-Dollar
<b>Armut*</b>	24 % der Bevölkerung leben unter der nationalen Armutsgrenze.

\* World Bank Data, Oktober 2020  
 \*\* UN: World Population Prospects 2019  
 \*\*\* UNDP: Human Development Report 2020

## Einleitung

Äthiopien ist das älteste Staatsgebilde Afrikas und eine demokratische Bundesrepublik. Der letzte Kaiser Haile Selassie regierte von 1930 bis 1974. Zwischen 1936 und 1941 wurde das Land von Italien besetzt. Nach zahlreichen Bürgerkriegen und Militärcoups zwischen 1974 und 1991 hat Äthiopien seit 1994 eine auf demokratischen und ethnisch-föderalistischen Prinzipien aufgebaute Verfassung.

Die Bevölkerung Äthiopiens setzt sich aus mehr als 90 Nationalitäten und Ethnien mit rund 80 Sprachen zusammen. 39 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 15 Jahre. Aufgrund der beachtlichen Bestrebungen und Erfolge im Bildungsbereich gibt es damit eine solide Basis für die angestrebte sozioökonomische Entwicklung des Landes.

Seit Beginn des Jahrtausends kann Äthiopien ebenso auf wirtschaftliche Erfolge verweisen. Signifikante Verbesserungen sind in den Bereichen Ernährungssicherheit, Basisversorgung und Armutsminderung zu verzeichnen. Dies spiegelte sich auch in den positiven Ergebnissen hinsichtlich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (Vorläufer der aktuell gültigen Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung) wider. Äthiopien zählte hier zu den afrikanischen Ländern mit den schnellsten Fortschritten.

Trotzdem ist Äthiopien noch immer eines der ärmsten Länder der Welt. Darüber hinaus führen durch den Klimawandel bedingte Naturkatastrophen immer öfter zu humanitären Krisen und bedrohen bereits erreichte Entwicklungsfortschritte. Die seit Anfang 2020 herrschende Heuschreckenplage bedroht nach wie vor die Ernährungssicherheit und den Lebensunterhalt von Millionen von Äthiopierinnen und Äthiopiern. Es handelt sich um die schlimmste Plage seit Jahrzenten in Ostafrika. Durch saisonale Überschwemmungen und

andere Naturkatastrophen werden außerdem jedes Jahr Zehn- bis Hunderttausende Menschen vertrieben.

Laut Human Development Index rangiert Äthiopien derzeit auf Platz 173 von 189 Ländern. Dazu trägt auch das hohe Bevölkerungswachstum von 2,6 Prozent bei. Trotz des Rückgangs der Armutsquote im vergangenen Jahrzehnt leben derzeit etwa 27 Millionen Menschen in Armut. Die COVID-19-Pandemie sowie der Konflikt in Tigray und zunehmende Unruhen in anderen Landesteilen werden diese Zahlen voraussichtlich steigen lassen.

## **Politische Situation**

Nach Beendigung des äthiopischen Bürgerkriegs 1991 entstand unter der Dominanz der Volksgruppe der Tigray eine vom damaligen Premierminister Meles Zenawi geführte Übergangsregierung. Diese entwickelte ein Programm, um das Land politisch grundlegend neu zu ordnen. Dafür ließ sie eine föderalistische, demokratische Verfassung ausarbeiten, die 1994 von einer konstituierenden Versammlung verabschiedet wurde.

Äthiopien umfasst zehn Regionalstaaten. Die Grenzen sind nach ethnischen Kriterien festgelegt. Die dort gesprochenen Sprachen sind auf dem jeweiligen Territorium als Unterrichts- und Amtssprachen anerkannt. Jede große Ethnie ist durch eine Schwesterpartei repräsentiert. Diese stellt die jeweilige Regionalregierung. Aufgrund der vielen Ethnien ist die nationale Regierung gefordert, den jeweiligen Volksgruppen den nötigen politischen, ökonomischen und kulturellen Gestaltungsspielraum zu gewähren.

Seit dem Sturz des kommunistischen Derg-Regimes 1991 besetzte die siegreiche Milizbewegung unter dem Namen Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) alle politischen Ämter in der Bundes- und den Regionalregierungen. Sie bestand aus den regionalen ethnischen Schwesterparteien. Innerhalb der EPRDF hatte die Bevölkerungsgruppe der Tigray bis April 2018 für mehr als 25 Jahre einen dominanten Einfluss.

Bei den nationalen Parlamentswahlen im Mai 2015 errang die EPRDF mit ihren regionalen Schwesterparteien erneut die absolute Mehrheit. Sie besetzte aufgrund des Mehrheitswahlrechts alle 547 Sitze im Parlament. Die nächsten nationalen Wahlen waren für August 2020 vorgesehen, wurden aber aufgrund der COVID-19-Pandemie auf 2021 verschoben und sollen nun am 21. Juni 2021 stattfinden. Wegen der Pandemie rief die Regierung im April 2020 den nationalen Notstand aus, der im September 2020 auslief.

## **Politische Spannungen im multiethnischen Staat**

Seit November 2015 kam es landesweit zu Unruhen, vor allem in den Regionen Amhara und Oromia, wo 70 Prozent der Bevölkerung leben, sowie in der Somali-Region. Die Sicherheitsbehörden reagierten bei Protesten mit unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, was zu Dutzenden Toten, tausenden Verhaftungen und rund 3 Millionen Binnenflüchtlingen führte. Aufgrund der anhaltenden Unruhen kam es auch innerhalb des EPRDF-Bündnisses verstärkt zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Hardlinern.

Die Protestbewegungen führten schließlich zum Rücktritt des vormaligen Premierministers Hailemariam Desalegne am 15. Februar 2018. Aufgrund der Spannungen innerhalb des Einparteienbündnisses EPRDF dauerte die Wahl des neuen Premierministers sehr lange und endete mit dem Sieg der Reformen.

Am 2. April 2018 wurde Dr. Abiy Ahmed zum neuen Premierminister gewählt und am 5. Oktober 2018 vom Parteikongress als Vorsitzender der EPRDF bestätigt. Ende 2019 baute er die Partei in eine neue Partei mit dem Namen Prosperity Party (PP) um. Abiy ist der erste Ministerpräsident Äthiopiens aus der Volksgruppe der Oromo. Hohe internationale Anerkennung bekam Abiy für seine erfolgreiche Friedensinitiative mit Eritrea (sh S. 5). Für diesen Einsatz erhielt er 2019 den Friedensnobelpreis.

Abiy setzte anfangs vielversprechende Reformschritte in Richtung einer zunehmenden Demokratisierung des Landes und einer weitgehenden Öffnung der äthiopischen Volkswirtschaft mit zahlreichen außen- und innenpolitischen Reformmaßnahmen. Gleich ab Beginn seiner Amtszeit begann er, Äthiopien in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte zu öffnen und die Privatsektorförderung zu intensivieren. Außerdem besetzte er viele hochrangige Positionen mit Frauen, darunter die Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und der Wahlbehörde sowie die mittlerweile zurückgetretene Parlamentspräsidentin. Mit der Diplomatin Sahle-Work Zewde steht auch erstmals eine Frau als Präsidentin an der Spitze Äthiopiens. Sie ist derzeit eine von zwei weiblichen Staatsoberhäuptern in Afrika.

Die Bevölkerung stand anfangs mit großer Begeisterung hinter dem Reformkurs von Abiy. Mittlerweile ist das Land jedoch zunehmend fragil und instabil. Anhaltende ethnische Konflikte sowie zunehmende politische Repressionen und interne Differenzen in der neuen Regierungspartei haben bei bedeutenden Teilen der Bevölkerung zu einer Ernüchterung geführt. Auch die Versorgung von knapp zwei Millionen Binnenflüchtlingen stellt eine große Herausforderung für die Regierung dar. Grund für die Fluchtbewegungen sind anhaltende Dürren in den südöstlichen Regionen des Landes.

Am 22. Juni 2019 wurden bei einem Putschversuch Dr. Ambachew Mekonnen, der Regionalpräsident der Amhara-Region, sowie General Seare Mekonnen, der Generalstabschef der Armee, ermordet. Ende Oktober 2019 kamen bei Unruhen mehr als 70 Personen ums Leben. Vorfälle wie diese zeugen von einer sehr labilen Sicherheitssituation.

Die Ermordung des einflussreichen Sängers Hachaaluu Hundeessa, der der Volksgruppe der Oromo angehörte, sowie die kurz darauffolgenden Festnahmen der Oromo-Oppositionsführer Bekele Gerba und Jawar Mohammed führten zu teilweise blutigen Protesten im Sommer 2020. Bei den Auseinandersetzungen in der Oromia-Region und der Hauptstadt Addis Abeba starben mehrere hundert Menschen. Zudem lösten sie eine Welle von Massenverhaftungen aus.

Auch aufgrund der Verschiebung der nationalen Wahlen auf 2021 flammten Spannungen im multiethnischen Staat erneut auf. Die nördliche Tigray-Region, in der die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) die Regionalregierung stellte, hielt im September 2020 ohne die Genehmigung der Zentralregierung Regionalwahlen ab. Die Bundesregierung brach daraufhin den Kontakt zu den dortigen politischen Führern der Tigray-Region ab und stellte Zahlungstransfers in die Region ein. Letztere sahen in Abiy Ahmed keinen legitimen Premierminister mehr, da dieser über sein Mandat hinaus im Amt geblieben ist. Zu vermerken ist auch, dass seit dem Amtsantritt von Abiy Ahmed die TPLF als politische Kraft erheblich an Einfluss verloren hat.

Die Spannungen eskalierten Anfang November 2020 mit einem Angriff regionaler TPLF-Milizen auf Militärstützpunkte der nationalen Streitkräfte in der Region. Unmittelbar danach marschierte die Armee, unterstützt von Milizen der südlichen Nachbarregion Amhara, in Tigray ein. Es folgte eine blutige Auseinandersetzung, die mehrere Wochen dauerte und

nach Einnahme der Regionalhauptstadt Mekelle mit einer Siegeserklärung der nationalen Regierung endete. Rund 60.000 Menschen flohen aus der Region in den benachbarten Sudan. Nach monatelangem Kommunikations-Blackout ist nun klar, dass die Kämpfe in erheblichen Teilen der Region nach wie vor andauern und dass eritreische Truppen aufseiten der Regierung signifikant daran beteiligt sind. Überdies wird vermehrt über ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen und den gezielten Einsatz von Hunger als Waffe berichtet; so warf etwa der äthiopisch-orthodoxe Patriarch Mathias, selbst ethnischer Tigriener und Oberhaupt der 36 Millionen Gläubige zählenden äthiopisch-orthodoxen Kirche, den äthiopischen Regierungstruppen und der Regierung von Abiy Völkermord vor.

Nach wie vor haben Hilfsorganisationen sowie internationale Beobachterinnen und Beobachter keinen ausreichenden Zugang in die Region. Die humanitäre Lage wird mit jeder Woche schlechter. Normale Dienstleistungen sind seit mehr als einem halben Jahr weitgehend unterbrochen und die Haupteernte des Jahres konnte aufgrund der Kampfhandlungen nicht eingebracht werden. Mehr als vier Millionen Menschen brauchen Unterstützung. Auch eritreische Flüchtlinge in vier Lagern in der Region sind zwischen die Fronten geraten. Untersuchungen von Amnesty International, der Ethiopian Human Rights Commission (EHRC) und anderen Organisationen haben zahlreiche Fälle von Massakern an der Zivilbevölkerung und schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Eine gemeinsame Mission von EHRC und des Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) soll nun von Mai bis Juli 2021 die Menschenrechtssituation in Tigray genauer untersuchen. In Tigray gilt nach wie vor der Ausnahmezustand. Eine von der Zentralregierung eingesetzte Übergangsregierung führt provisorisch die Geschäfte der Region.

Neben Tigray eskalierten Ende 2020 auch in anderen Landesteilen gewaltsame Konflikte mit ethnischen Hintergrund, insbesondere in Benishangul-Gumuz im Westen Äthiopiens sowie in Nord Shewa, wobei Hunderte Todesopfer zu beklagen sind.

## **Demokratiepolitische Reformen**

Es gab massive demokratiepolitische und menschenrechtliche Defizite, die die Regierung durch Reformen in der Gesetzgebung sowie durch die Stärkung demokratischer Institutionen überwinden will. So setzte Abiy in kurzer Zeit Reformen, die in der EPRDF bisher als Tabu galten. Die Ausschaltung einer echten demokratischen Opposition war neben den ethnischen Spannungen eine der Hauptursachen für die Protestbewegung seit 2015. Abiy hat die Oppositionsparteien eingeladen, ins Land zurückzukehren und am Reformkurs teilzunehmen, was diese annahm. Außerdem sorgte ein neues Gesetz für freie zivilgesellschaftliche Arbeit für ein Aufatmen in diesem seit vielen Jahren stark eingeschränkten Sektor. Die Regierung hat bereits reformierte Wahlgesetze verabschiedet, die für August 2020 angesetzten Wahlen aber aufgrund der COVID-19-Pandemie auf Juni 2021 verschoben. Medien durften anfangs relativ frei berichten, wurden jedoch im Zuge der Unruhen im Sommer 2020 sowie seit Beginn des Tigray-Konflikts wieder eingeschränkt. Dies ist einer von mehreren Bereichen, in denen es nach erfolgten Reformen wieder Rückschritte gibt und Freiheiten erneut eingeschränkt werden.

Die demokratiepolitische Situation wird an den Wahlen am 21. Juni und deren Ablauf gemessen werden. Im Vorfeld zeichnen sich Herausforderungen auf mehreren Ebenen ab, darunter Sicherheit, COVID-Management, Zusammenarbeit mit den Regionen, (Nicht-)Einhaltung des Wahlkalenders etc. Zudem kündigten mehrere wichtige Oppositionsparteien an, die Wahlen zu boykottieren, da deren führende Politiker sich nach wie vor in Haft befinden.

Eine große Herausforderung ist vor allem auch, den ethnischen Hass zwischen verschiedenen Volksgruppen wieder einzudämmen, damit dieser nicht zum Flächenbrand wird. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, gibt es zunehmend Rufe nach einem nationalen Dialog.

## **Außenpolitik**

Generell ist in der äthiopischen Außenpolitik eine Interessensverlagerung vom Westen in Richtung BRICS<sup>1</sup>- sowie GCC<sup>2</sup>-Staaten festzustellen. Dies steht unter anderem im Zusammenhang mit der Orientierung an neuen Exportmärkten und der Suche nach mehr ausländischen Investitionen. China verfügt im Land über beträchtlichen politischen Einfluss und ist besonders im Bereich Infrastruktur aktiv.

Äthiopien ist Mitglied der Intergovernmental Authority on Development (IGAD), der Afrikanischen Union (AU) sowie des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA). Im südwestlichen Teil Somalias unterstützt Äthiopien die Truppen der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) und die somalischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der militanten islamistischen Bewegung Al-Shabaab.

Im seit 20 Jahren andauernden Grenzkonflikt mit Eritrea konnte durch die Ankündigung der vollständigen Anerkennung des Algier-Abkommens über den Grenzverlauf und die Wiederaufnahme aller Beziehungen durch Premierminister Abiy im Sommer 2018 ein Friedensprozess eingeleitet werden. Im Juli 2018 unterzeichneten er und der eritreische Präsident Isaias Afwerki einen Friedensvertrag. Am äthiopischen Neujahrstag eröffneten sie offiziell zwei (zwischenzeitlich jedoch wieder geschlossene) Grenzübergänge, sodass Familien sich erstmals seit 20 Jahren wiedersahen. Die staatliche äthiopische Fluglinie Ethiopian Airlines nahm nach 20 Jahren ihren Betrieb nach Asmara, Eritreas Hauptstadt, auf. Auf Antrag von Äthiopien hob der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die internationalen Sanktionen gegen Eritrea im November 2018 auf. Die auf diesen positiven Schritten beruhenden Hoffnungen auf eine langfristige Befriedung sind seit dem Ausbruch des Konfliktes in Tigray wieder zum Erliegen gekommen.

Spannungen gibt es mit Ägypten und Sudan. Äthiopien baut seit 2011 den Staudamm Great Ethiopian Renaissance (GERD). Davon erhofft sich das Land Energiesicherheit und auch Stromexporte in benachbarte Staaten. Ägypten befürchtet, dass die Befüllung des Dammreservoirs mit Wasser aus dem Blauen Nil, dessen Ursprung in Äthiopien liegt, zu Wasserknappheit im unteren Lauf des Nils in Ägypten und zu einer humanitären Katastrophe führen wird. Trotz Mangel eines Abkommens mit Ägypten und dem Sudan entschied sich die äthiopische Regierung im Juli 2020 dazu, mit der Befüllung des Damms zu beginnen. Dadurch erreichten die Spannungen mit den Ländern flussabwärts einen Höhepunkt. Es konnte auch seither keine Einigung über die Bewirtschaftung des GERD erzielt werden. Derzeit laufen trilaterale Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union. Äthiopien hat bereits angekündigt, mit der Regenzeit ab Mitte 2021 die zweite Befüllung des GERD durchzuführen, was die Spannungen mit Ägypten und Sudan weiter verschärft hat.

Äthiopien bemüht sich um gute Beziehungen zu den Staaten des Persischen Golfs, wo Millionen von äthiopischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten leben. Das Land begrüßt die Investitionen der Vereinigten Arabischen Emirate in der Hafenstadt Berbera in Somaliland. Gleichzeitig erhält Äthiopien besondere finanzielle Unterstützung von Saudi-Arabien,

---

<sup>1</sup> Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

<sup>2</sup> Staaten der Golfregion

akzeptiert aber auch zahlreiche Rückführungen von Äthiopierinnen und Äthiopiern aus diesem Land.

Große internationale Anerkennung erhält Äthiopien für seine Open-Door-Politik gegenüber Flüchtlingen aus Nachbarländern wie dem Südsudan, Eritrea und Somalia. Derzeit beherbergt es rund 800.000 Flüchtlinge mit steigender Tendenz und zählt zu den Ländern mit den größten Flüchtlingspopulationen in Afrika.

## Wirtschaft

Äthiopien kann seit 2003 auf ein permanentes Wirtschaftswachstum und bemerkenswerte Fortschritte verweisen, besonders in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Landwirtschaft. Laut dem neuen, im Jänner 2021 offiziell verabschiedeten zehnjährigen Perspektivenplan für Entwicklung (sh. S. 8) geht die Regierung von einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 10,2 Prozent aus. Aufgrund der COVID-19-Pandemie betrug das Wachstum 2020 laut dem Internationalen Währungsfonds jedoch nur mehr 6,1 Prozent, 2021 sollen es gar nur 2 Prozent sein. Damit sind die Prognosen weit niedriger als noch in den Jahren zuvor. Dem Wirtschaftswachstum steht ein Bevölkerungswachstum von 2,6 Prozent jährlich gegenüber. Ein Großteil des Wirtschaftswachstums wird daher durch den demografischen Zuwachs wieder ausgebremst.

Gleichzeitig stieg in den letzten Jahren auch die Inflationsrate, 2020 erreichte sie einen Jahresdurchschnitt von 20,4 Prozent<sup>3</sup>. Die Inflationsrate für Lebensmittel belief sich durchschnittlich auf rund 23 Prozent<sup>4</sup>.

Die Landwirtschaft ist weiterhin der wichtigste Wirtschaftszweig, in dem rund 75 Prozent der Beschäftigten über 40 Prozent des BIP erwirtschaften. Der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP liegt seit 2012 relativ stabil bei knapp über 40 Prozent. Der industrielle Sektor hingegen deckt bis dato nur etwa 16 Prozent des BIP ab, allerdings mit stark steigender Tendenz.

Um die wirtschaftliche Entwicklung weiter zu fördern, setzt die Regierung auf weitgreifende Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Energieproduktion und -verteilung, Transport und Wohnraumschaffung im städtischen Raum und die Errichtung von Industrieparks für ausländische Investoren. Sie lehnt sich dabei an das chinesische staatlich gelenkte Wirtschaftsmodell an. Dies zieht Investitionen aus China sowie Ländern wie Indien oder den Niederlanden an.

Aufgrund der Binnenlage und einer dürftigen Infrastruktur in Richtung der benachbarten Küstenstaaten leidet Äthiopien unter hohen Importkosten. Zusammen mit den hohen Importzöllen führt dies zu hohen Preisen für Importgüter. Die Modernisierung der Bahnverbindung nach Djibouti (wichtigster Importhafen für Äthiopien) mit chinesischer Hilfe hatte daher höchste Priorität. Der Premierminister verfolgt derzeit auch den Dialog mit den Nachbarländern in der Region, um den Zugang zum Roten Meer sowie zum Indischen Ozean zu erschließen.

Neben der Errichtung von Industrieparks und gesteigerten Direktinvestitionen aus dem Ausland setzt die Regierung auch auf die Schaffung eines verbesserten Investitionsklimas

---

<sup>3</sup> [www.imf.org/en/countries/ETH](http://www.imf.org/en/countries/ETH), April 2021

<sup>4</sup> <http://www.tradingeconomics.com/ethiopia/food-inflation>, April 2021

für einen wachsenden Privatsektor. Dabei wird unter anderem die Stärkung des bisher noch kaum erschlossenen touristischen Potenzials in Äthiopien verfolgt. Der Tourismussektor birgt auch ein signifikantes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wie der Rest der Welt ist auch Äthiopien den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ausgesetzt. Der Weltbank zufolge wird der COVID-19-Schock vorübergehend sein – eine potenzielle Erholung wird für das Jahr 2021 prognostiziert. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen werden jedoch erheblich sein. Zu den Auswirkungen der Pandemie zählen unter anderem der gestiegene Preis für Grundnahrungsmittel, die steigende Arbeitslosigkeit, die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die Zunahme der Armut.

## Entwicklungspolitik Äthopiens

### Programm gegen Armut

Die äthiopische Regierung setzt stark auf Armutsbekämpfung und auf eine staatlich gelenkte sozioökonomische Entwicklung. Das war im Wachstums- und Transformationsplan (GTP II) 2016–2020 verankert, dessen Hauptziel es war, dass Äthiopien bis 2025 zu einem Land mittleren Einkommens wird, ohne dabei den derzeitigen Stand der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erhöhen. Damit hat sich Äthiopien zu einem sensitiven, grünen Wirtschaftswachstum verpflichtet.

Der GTP II wurde Anfang 2021 durch den neuen nationalen Entwicklungsplan mit dem Titel „Ethiopia 2030: The Pathway to Prosperity – Ten-Year Perspective Development Plan (2021–2030)“ abgelöst. Dieser neue längerfristige Entwicklungsplan richtet seinen Fokus auf Frauen und Jugendliche und möchte qualitätsvolles privatwirtschaftliches Wachstum garantieren. Im vergangenen September wurde zudem die sogenannte Home-grown Economic Reform präsentiert. Diese basiert auf makroökonomischen, strukturellen und sektoralen Reformen. Ein wichtiger nächster Schritt wird die Reform des Finanzsektors sein, um die Inflation zu kontrollieren und die Tragfähigkeit der Schulden sowie einen besseren Zugang zu Finanzmitteln für die Menschen in Äthiopien zu gewährleisten. Letzteres ist bis jetzt ein Kernproblem.

### Positive Entwicklungen

Die äthiopische Regierung investierte 1 Milliarde Euro, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und integrierte diese in nationale und regionale Strategie- und Aktionspläne. Dieser Ansatz führte zu bemerkenswerten Erfolgen: Sechs der acht Ziele konnten erreicht werden. Vor allem bei der Armutsminderung sowie in den Bereichen Bildung, Gesundheit und bei der Bekämpfung von HIV/AIDS ist das Land auf einem guten Weg. Die Kindersterblichkeit ist seit 2006 um mehr als die Hälfte gesunken (31 Todesfälle von 1.000 Geburten). 85,6 Prozent der schulpflichtigen Kinder wurden eingeschult und der Zugang zu sauberem Wasser lag im Juli 2018 bei 65,7 Prozent<sup>5</sup>. Bei der Geschlechtergleichstellung und Müttersterblichkeit hinkt Äthiopien jedoch hinterher.

Die stark zurückgegangenen Waldbestände in empfindlichen Gebieten, fortschreitende Walddegradierung (insbesondere durch die Beschaffung von Feuerholz) und die dadurch rasant fortschreitende Bodenerosion stellen große Probleme für die Ernährungssicherheit

---

<sup>5</sup> World Bank Data



dar. Zusätzlich bedrohen immer wieder Dürreperioden die nur wenig produktive Landwirtschaft mit ihrer schwachen Infrastruktur. Vor allem in den südlichen und östlichen Landesteilen kommt es immer häufiger zu Dürrekatastrophen.

Um die Transformation des Landes und der Gesellschaft weiter voranzutreiben, braucht es einiges an Bemühungen: eine maßgeblich reformierte Landwirtschaft, ein besseres Investitionsklima für den Privatsektor und die Förderung der Demokratieentwicklung und der sozialen Kohäsion und Inklusion, vor allem von Frauen und Jugendlichen. Die Regierung setzt auf Reformmaßnahmen, vor allem in Bezug auf Privatsektorförderung und Teilprivatisierung von großen staatlichen Unternehmen wie Ethio Telecom und Ethiopian Airlines. Bisher waren das Tabuthemen.

## Wichtiger Partner EU

Bedeutendster Handelspartner und auch wichtigster multilateraler Geldgeber Äthiopiens ist die Europäische Union (EU) inkl. Mitgliedsstaaten mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro an öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (ODA) und über 3 Milliarden Euro an Im- und Exporten jährlich. Äthiopien erhält mehr Zuteilungen aus EU-Quellen als jedes andere Land aus der AKP-Gruppe<sup>6</sup>. Die Leistungen der EU beziehen sich unter anderem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, demokratische Regierungsführung und natürliches Ressourcenmanagement sowie auf die Stärkung des Privat- und Gesundheitssektors.

## Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Äthiopien

Äthiopien ist seit 1993 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1996 ist Österreich in Addis Abeba mit einem Büro vertreten. Dieses koordiniert die österreichischen Programme und Projekte und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern. Programmatische Grundlagen für die derzeitige Zusammenarbeit mit Äthiopien sind die Landesstrategie 2019–2025 (aufbauend auf dem bisherigen äthiopischen Wachstums- und Transformationsplan GTP II, 2016–2020), die gemeinsame europäische Strategie der Zusammenarbeit mit Äthiopien 2017–2020 und das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik.

### Schwerpunkte und Leistungen

Das österreichische Engagement konzentriert sich vor allem auf Armutsminderung. Schwerpunktbereiche dabei sind:

#### Resilienz

- die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung bei Krisen und Herausforderungen aufgrund des Klimawandels
- die Verbesserung der Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung, insbesondere von Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Behinderungen
- die Unterstützung bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- die Schaffung von alternativen Einkommensmöglichkeiten
- die Förderung der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen inklusive Wasser

### Inklusive Regierungsführung

---

<sup>6</sup> Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks

- die Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu Dienstleistungen des Staates in ländlichen Gebieten (Gesundheitsversorgung, Bildung, Landwirtschaft, Wasser und Siedlungshygiene, Infrastruktur)
- die Stärkung öffentlicher Institutionen
- die Förderung des Dialogs der Institutionen mit der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft
- die Befähigung von Frauen und jungen Menschen, ihre Rechte anzusprechen

Hinzu kommen Hochschulpartnerschaften, multilaterale Projekte sowie humanitäre Hilfe und Wirtschaftspartnerschaften. Auch viele österreichische zivilgesellschaftliche Organisationen sind in Äthiopien tätig und leisten wertvolle entwicklungspolitische Beiträge. Unter anderem sind sie in den Bereichen Frauenförderung, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Berufsbildung und soziale Inklusion engagiert. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt sie dabei mit Kofinanzierungen.

### ODA Österreichs an Äthiopien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)<sup>7</sup> an Äthiopien betragen zwischen 1995 und 2019 165,10 Millionen Euro. Davon beliefen sich die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) im gleichen Zeitraum auf 117,24 Millionen Euro.

#### ODA Österreichs an Äthiopien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Äthiopien in Mio. Euro	7,29	7,28	7,76	10,09	10,91	10,32
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,52	1,03	0,87	1,89	2,67	2,60
OEZA/ADA an Äthiopien in Mio. Euro	6,15	5,34	5,29	7,07	7,89	7,44
OEZA/ADA an Äthiopien in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	7,99	7,19	6,70	7,60	9,13	7,31

Quelle: ADA-Statistik

<sup>7</sup> Unter anderem von BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA, Ländern, Städten und Gemeinden

## Projektbeispiele

### Die Bevölkerung widerstandsfähig machen

Grundlegende Ursachen für Armut, Hunger, Binnen- und irreguläre Migration beseitigen – zu diesen Zielen trug das Programm „Resilience Building and Creation of Economic Opportunities in Ethiopia“ (RESET) bei. Es wurde aus dem Afrika-Treuhandfonds der EU und dessen Fenster für das Horn von Afrika mit österreichischer Unterstützung finanziert.

Erreicht werden sollten diese Ziele, indem die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Produktivität gesteigert, Ernährungssicherheit gestärkt und der Zugang zur Grundversorgung gesichert wird. Dafür ist es essenziell, Wasserressourcen effektiv zu managen und Einkommensmöglichkeiten zu diversifizieren.

In Äthiopien, wo jährlich bis zu 3 Millionen Menschen neu auf den Arbeitsmarkt strömen, ist es enorm wichtig, Arbeitsplätze zu schaffen. Daher unterstützte das Projekt insbesondere Maßnahmen, die für Frauen und junge Menschen in traditionellen Dürregebieten den Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten verbessern. Sie bekamen etwa Hilfe dabei, landwirtschaftliche Produkte weiterzuverarbeiten und diese auf lokalen Märkten zu verkaufen.

Von dem österreichischen Beitrag profitierten rund eine halbe Million Menschen.

### Wahrung der sexuellen Reproduktions- und Gesundheitsrechte von Mädchen und Frauen sicherstellen

In der Amhara-Region sind die frühe Verheiratung junger Mädchen und Frauen sowie die gewaltsame Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung weit verbreitet. Schmerzen beim Urinieren, qualvolle Menstruationsbeschwerden, Lebensgefahr beim Entbinden, hohes Infektionsrisiko und permanente Traumata: Frauen und Mädchen, deren äußere Geschlechtsorgane teilweise oder zur Gänze unter oft katastrophalen hygienischen Bedingungen entfernt wurden, leiden ein Leben lang an den Folgen der schweren Körperverletzungen. Kulturelle Überzeugungen und soziale Normen zählen zu den Herausforderungen, die Äthiopien bei der Verwirklichung der Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheit hindern. Einer Studie zufolge verwendeten 2016 nur 35 Prozent der äthiopischen Frauen eine moderne Verhütungsmethode und 65 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 waren Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung. Zudem werden 40 Prozent der Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet – 14 Prozent bereits mit 15 Jahren. Über 140 Arten schädlicher traditioneller Praktiken werden in Äthiopien ausgeübt. Die Gründe dafür sind zahlreich. Hierzu zählen soziale Ausgrenzung, Scham, Stigmatisierung und der Ausschluss von Gemeinschaftsaktivitäten.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich gemeinsam mit CARE dafür ein, ein soziales Umfeld in der Amhara-Region zu schaffen, das zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung sowie zur Förderung der reproduktiven Gesundheit von Frauen und Mädchen beiträgt. Dazu werden Gemeindemitglieder, Dienstleister und Regierungsbehörden zu den Themen der Genitalverstümmelung und der frühen Heirat sensibilisiert.

Neu geschaffene integrative Räume sollen dazu dienen, dass produktive Dialoge stattfinden und Konflikte angesprochen werden können. Dadurch will man gemeinsam mit den Menschen vor Ort herausfinden, warum es zu frühen Eheschließungen kommt und wieso sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste so wenig in Anspruch genommen werden.

**Vertragspartner:**  
Europäische  
Kommission  
**Laufzeit:**  
11/2015–12/2020  
**OEZA-Beitrag:**  
3.000.000 Euro

**Vertragspartner:**  
CARE  
**Laufzeit:**  
12/2019–12/2023  
**OEZA-Beitrag:**  
2.888.430 Euro

### **Die Bürgerinnen und Bürger bestimmen mit**

Bei der Gewährleistung von Basisdienstleistungen ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in lokale Planungs- und Entscheidungsprozesse besonders wichtig. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit finanziert daher das „Ethiopian Social Accountability Programme“ der Weltbank, das auf eine stärkere Einbindung der Bevölkerung abzielt.

So bekommen sowohl Gemeindebedienstete als auch Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen und dörflichen Verbänden Schulungen. Sie lernen, Prioritäten im Sinne der Bewohnerinnen und Bewohner konstruktiv gemeinsam zu verhandeln und Finanzierungslösungen zu finden. Dadurch verbessert sich die Qualität der Dienstleistungen. Und die Bürgerinnen und Bürger gestalten die Veränderungsprozesse in ihren Gemeinden aktiv mit.

So verhandelten zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner von Awash in der Oromia-Region gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden den Ausbau des Wasserreservoirs der Stadt. Es war ursprünglich für 10.000 Leute ausgelegt. Durch das starke Bevölkerungswachstum benötigen aber mittlerweile über 40.000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser. Gemeinsam wurde eine Lösung für den erhöhten Finanzierungsbedarf gefunden. Somit gibt es künftig genug Wasser für alle.

### **Wahlen für alle**

Die für Juni 2021 angesetzte Wahl, die aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht wie geplant im August 2020 abgehalten wurde, stellt für Äthiopien einen wichtigen Meilenstein in Richtung Demokratisierung dar. Friedliche Wahlen sind in dem Vielvölkerstaat für die Entwicklung besonders wichtig. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag für das Vertrauen in eine künftige Regierung. Damit das gelingt, unterstützen mehrere Geber in einem Gemeinschaftsprojekt die staatlichen Stellen dabei, die Wahl 2021 nach internationalen Standards durchzuführen.

Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben zu wählen. Der Beitrag Österreichs an dem Programm trägt zu diesem Ziel bei. So werden bei der Erstellung von Gesetzen und Verordnungen auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt, etwa wenn es darum geht, Braille-Schablonen in den Wahllokalen zur Verfügung zu stellen.

### **Demokratisierung vorantreiben**

Gute Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte sind wesentliche Voraussetzungen für menschliche Entwicklung, die Reduzierung von Armut und die Beseitigung von Ungleichheiten. Ein Programm des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt die Regierung Äthiopiens dabei, ihre institutionellen Kapazitäten, demokratische Partizipationsmöglichkeiten und gute Regierungsführung zu stärken.

Das Programm ist zentral, wenn es darum geht, den demokratischen Reformprozess in Äthiopien umzusetzen. So werden wichtige Dialogplattformen etabliert, um die Ursachen von interreligiösen und interethnischen Konflikten auf einer breiten, inklusiven Basis zu diskutieren und Raum für Dialog zu bieten. Friedenskonferenzen bringen Jugendgruppen, Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden und Religionen sowie Frauen und anerkannte Persönlichkeiten zusammen.

In Vorbereitung auf die Wahlen 2021 und die weitreichende Umstrukturierung des politischen Systems hin zu einem effektiven Mehrparteiensystem werden konsultative Foren zwischen Äthiopiens staatlichem Wahlkomitee (National Electoral Board of Ethiopia, NEBE) und den (wieder zugelassenen) politischen Parteien organisiert. Ebenso unterstützt

**Vertragspartner:**  
Weltbank  
**Laufzeit:**  
12/2015–11/2023  
**OEZA-Beitrag:**  
4.000.000 Euro

**Vertragspartner:**  
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen  
**Laufzeit:**  
03/2020–02/2022  
**OEZA-Beitrag:**  
500.000 Euro

**Vertragspartner:**  
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen  
**Laufzeit:**  
12/2017–12/2021  
**OEZA-Beitrag:**  
500.000 Euro

das Programm die Verbesserung der Gesetzgebung, indem es technische Expertise finanziert, vor allem im Bereich neue Gesetze für zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien sowie für eine Justizreform. Rund 12.000 Personen profitieren direkt von den Maßnahmen des Programms, das die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit kofinanziert.

### **Hochschulkooperationen in vielen Bereichen**

Mit ihrem Hochschulkooperationsprogramm APPEAR fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit Partnerschaften zwischen österreichischen Universitäten und Fachhochschulen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen in Entwicklungsländern.

In Äthiopien liefen in den letzten Jahren sieben APPEAR-Projekte. Sie deckten eine Reihe an Schwerpunktthemen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ab – so etwa die Bereiche Menschenrechte, Wasser oder Friedenssicherung. Partneruniversitäten waren unter anderem die Addis Abeba Universität, die Bahir Dar Universität oder die Debre Markos Universität.

Die letzten beiden waren etwa beteiligt am Bildungsprogramm EduLAND2. Dieses ermöglicht seit Oktober 2016, Landadministration und Vermessung in Äthiopien zu studieren. Das Programm wirbt vor allem bei Frauen dafür, ein Studium in diesem Fachbereich zu absolvieren und als Landadministratorinnen die nachhaltige Entwicklung Äthiopiens voranzutreiben.

### **Delegierte Kooperation der EU für mehr Inklusion**

Menschen mit Behinderungen gehören zu den am meisten benachteiligten Gruppen in der äthiopischen Gesellschaft. 95 Prozent von ihnen leben in Armut. Ihre Rechte sind sehr eingeschränkt. Die Gesellschaft erkennt jedoch zunehmend an, dass alle mehr tun müssen, damit die Barrieren verschwinden.

Das Projekt „Bridging the Gap II: Inclusive policies and services for equal rights of persons with disabilities“ unterstützt die Umsetzung des äthiopischen Nationalen Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen (2012–2021). Dieser zielt darauf ab, Äthiopien zu einer integrativen Gesellschaft zu machen.

Die Schwerpunkte des Projekts liegen dabei auf Ernährungssicherheit und Widerstandsfähigkeit. Geografisch konzentriert es sich speziell auf die Regionen Amhara und Somali sowie auf die Bundesebene. Die Einbeziehung von Frauen und jungen Menschen mit Behinderungen hat Priorität.

Finanziert wird das Projekt größtenteils von der EU. Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, kofinanziert es und setzt es vor Ort um.

### **Koordinierende**

#### **Institution:**

Universität für  
Bodenkultur Wien

#### **Partnerinstitutionen:**

Debre Markos Universität, Bahir Dar Universität, Technische Universität Wien

#### **Laufzeit:**

03/2016–02/2020

#### **OEZA-Beitrag:**

485.067 Euro

### **Vertragspartner:**

Europäische  
Kommission

#### **Lokale Partnerorganisationen:**

Ministerium für Arbeit  
und Soziales, zivilgesellschaftliche  
Organisationen

#### **Laufzeit:**

04/2017–07/2021

#### **Gesamtbudget:**

1.580.000 Euro

#### **OEZA-Beitrag:**

300.000 Euro

### **Stabilität am Horn von Afrika**

„IGAD Promoting Peace and Stability in the Horn of Africa Region“ (IPPSHAR) trägt zur Förderung der Stabilität in der Region Ostafrika und am Horn von Afrika bei. Das Vorhaben umfasst Äthiopien, Djibouti, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan, Tansania und Uganda. Die Austrian Development Agency setzt die Initiative gemeinsam mit der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) um.

Ihr vorrangiges Ziel ist, einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region zu leisten und so auch die wirtschaftliche Integration und Entwicklung zu stärken. Die vier spezifischen Projektziele sind:

- Stärkung des Konfliktfrühwarn- und Reaktionssystems (CEWARN), um gesammelte Informationen, Datenanalysen und frühzeitige Maßnahmen qualitativ und quantitativ zu verbessern;
- verbesserte Vorhersage und Prävention von transnationalen Sicherheitsbedrohungen in der Region sowie bessere Reaktion darauf;
- Stärkung der Kapazitäten in den Bereichen präventive Diplomatie, Mediation und zivile Friedensförderung;
- verbesserte Effizienz und Effektivität der Strukturen, Systeme und Prozesse von IGAD, Gender Mainstreaming und Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325.

Mindestens 11.000 Angestellte von IGAD und Institutionen der Mitgliedsstaaten sollen von den Maßnahmen profitieren. Frauen und Gruppen von Jugendlichen, Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure werden in Konfliktlösung und Mediation trainiert. Akademische Einrichtungen und Forschungsinstitutionen sind zur Stärkung der Analysekapazitäten als Beteiligte involviert. Indirekt profitiert die gesamte Bevölkerung der Region davon – mehr als 200 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

**Vertragspartner:**  
Europäische Kommission, Sida und NL  
**Lokale Partnerorganisation:**  
IGAD – Intergovernmental Authority on Development  
**Laufzeit:**  
03/2018–12/2022  
**Gesamtbudget:**  
28.392.000 Euro  
**OEZA-Beitrag:**  
1 Mio. Euro  
**EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika:**  
25.248 Mio. Euro

## Wichtige Adressen

### Österreichische Botschaft

N. Silk Lafto Kifle Ketema Kebele 04 H.No.  
535, Addis Abeba  
Tel.: +251 11 371 25 80, 371 00 52  
Fax: +251 11 371 21 40  
E- Mail: [addis-abeba-ob@bmeia.gv.at](mailto:addis-abeba-ob@bmeia.gv.at)  
[www.aussenministerium.at/addisabeba](http://www.aussenministerium.at/addisabeba)

### Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit

Postanschrift: P.O. B. 11553, Addis Abeba  
Tel.: +251 11 553 38 28, 553 82 80  
Fax: +251 11 553 38 31  
E-Mail: [addisabeba@ada.gv.at](mailto:addisabeba@ada.gv.at)

### Österreichisches Außenwirtschafts-Center Nairobi

c/o Österreichische Botschaft  
Limuru Road 536, Muthaiga, 00100 Nairobi  
Tel.: +254 72 32 09 065  
Fax: +20 2 27 36 28 92  
E-Mail: [nairobi@wko.at](mailto:nairobi@wko.at)  
[www.wko.at/aussenwirtschaft/ke](http://www.wko.at/aussenwirtschaft/ke)

### Botschaft der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien

Rue de Moillebeau 56, Case postale 338,  
1211 Genf  
Tel: +41 / 22 919 70 10  
Fax: +41 / 22 919 70 29  
E-Mail: [consular@ethiopianmission.ch](mailto:consular@ethiopianmission.ch)  
[www.ethiopianmission.ch](http://www.ethiopianmission.ch)

Amtsbereich:  
Schweiz, Republik Österreich

### Honorarkonsulat der Demokratischen Bundesrepublik Äthiopien

Althanstrasse 14, 1090 Wien  
Tel: +43 / 1 4277 – 54701  
Fax: +43 / 1) 4277 – 9547  
E-Mail: [horst-seidler@univie.ac.at](mailto:horst-seidler@univie.ac.at)

## Links

### Basismaterial

Äthiopische Regierung/Büro des Premierministers: <http://pmo.gov.et/>  
Weltbank/Äthiopien: <http://www.worldbank.org/en/country/ethiopia>  
Vereinte Nationen in Äthiopien: <http://et.one.un.org/>

### Medien

Ethiopian Reporter: [www.ethiopianreporter.com](http://www.ethiopianreporter.com)  
Addis Standard: [www.addisstandard.com](http://www.addisstandard.com)  
Capital: [www.capitalethiopia.com](http://www.capitalethiopia.com)  
All Africa (Aktuelle Nachrichten): [www.allafrica.com/ethiopia/](http://www.allafrica.com/ethiopia/)

### Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Äthiopien: <https://www.entwicklung.at/länder/ostafrika/aethiopien/>  
Landesstrategie: [https://www.entwicklung.at/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS\\_Ethiopia\\_2019-2025.pdf](https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS_Ethiopia_2019-2025.pdf)